

Rede von Bodo Ramelow

auf dem Parteitag der PDS Thüringen in Suhl am 28.11.2004

Liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

ich schlage vor, lassen Sie uns doch mal, lasst uns doch mal über Sozialschmarotzer reden. Lasst uns doch mal über die reden, die alles ausnutzen, sich in die Tasche stecken und für nichts Verantwortung tragen. Sozialschmarotzer, z. B. „Alles Müller oder was“. Der hat sein Imperium in diesem Land aufgebaut, die Strukturen der landwirtschaftlich nachfolgenden Produktion völlig auf den Kopf gestellt, um mit Müllerprodukten ganz Deutschland zu überziehen und viele Molkereien kaputt zu machen. Gleichzeitig hat er aber auch den Bauern deutlich gemacht, dass der Milchpreis nicht mehr zu erzielen ist, der erzielt werden müsste, damit sich Produktion lohnt. Der kündigt an, wenn die deutschen Gesetze nicht geändert werden, zieht er aus, dann geht er ins Ausland.

Genossinnen und Genossen, das nenne ich Sozialschmarotzer. Alles nehmen, was dieser Staat, was dieses Land, was unsere Gesellschaft bietet, alles einstecken, sich noch reicher machen, sein persönliches Vermögen, vermehren, vermehren, vermehren und anschließend den Staat erpressen und sagen, aber an der Finanzierung beteiligen wir uns nicht. Das nenne ich Schmarotzer, Schmarotzertum.

Genossinnen und Genossen, lasst uns versuchen, mit klaren Worten solche Dinge zu beschreiben, weil diese Spur der Verwüstung durch unsere Gesellschaft allgegenwärtig in der ganzen Bundesrepublik Deutschland ist. Deswegen, als Lothar vorhin davon gesprochen hat, dass da in Bayern die Idee aufkommt, man möge Ausländern, die hier in Zuzug wollen, die hier leben wollen, die hier längst leben, möge man in Zukunft vielleicht schwören lassen auf das Grundgesetz. Sage ich, guter Vorschlag. Wir beginnen aber mal bei den deutschen Politikern, bei den deutschen Wirtschaftskapitänen, bei all denen, die das Grundgesetz mit Füßen treten, die Artikel 14 (2) mit Füßen treten, für die der Satz „Eigentum verpflichtet“ mittlerweile fortgeschrieben ist mit „zu nichts“. Und diesen Politikern, diesen Wirtschaftskapitänen sollten wir auf die Füße treten.

Wenn ich gestern in der Zeitung lese, dass in Europa die deutschen Manager die höchsten Einkommen haben, aber die armen Manager ein Drittel weniger bekommen als die amerikanischen Manager, dann kann ich nur erinnern an das Buch von Herrn Ogger „Nieten in Nadelstreifen“. Sie sind diejenigen, die dafür sorgen, dass täglich 1.280 Arbeitsplätze in Deutschland in der klassischen Industrie, im Baugewerbe, im Handel und Dienstleistungsbereich kaputt gehen. 1.280 Arbeitsplätze jeden Tag in Deutschland verursacht von Managern, die nur auf ihren persönlichen Reichtum achten, die nur auf das Wachsen und Mehren ihrer Vermögen achten. Da sage ich, ja lasst uns doch mal reden über das Grundgesetz, lasst uns doch mal reden über einen Schwur auf das Grundgesetz, aber nicht für Menschen, die hierher kommen aus Not oder weil sie hier leben wollen, weil sie mit uns leben wollen, für die das Grundgesetz eben auch eine wichtige Botschaft ist als Schlussfolgerung aus den Greueln deutscher Nazis. Dass man nämlich auch einen Fluchtpunkt in der Welt haben muss, wenn man politisch verfolgt ist. Und es sind die Parteien der sozialen Kälte, die als erstes die Asyltatbestände im Grundgesetz zerstört haben und die weiter dafür sorgen, dass dieses Grundgesetz jeden Tag unterhöhlt und zerstört wird, eben auch durch Abläufe, die etwas mit ökonomischer Dynamik zu tun haben, indem sie eben keine Steuern mehr bezahlen müssen, indem sie freigestellt werden.

Aber ich will auch darauf hinweisen, dass wir dann mal über das Thema deutsche Leitkultur reden sollten. Was meinen sie denn damit, wenn es heißt, dass in Zukunft islamische Predigten auf deutsch gehalten werden sollen? Das sind doch für mich Worthülsen, die nur Feindbilder beschreiben sollen. Heißt das, dass in Zukunft der jüdische Landesrabbiner auch auf deutsch und nicht mehr in hebräisch predigt? Oder heißt das, dass in Zukunft nicht mehr oberbayrisch, südthüringisch oder sonst wie geredet wird, sondern nur noch hochdeutsch? Welche deutsche Leitkultur in der Sprache meinen sie? Oder meinen Sie nur die Diskriminierung einer anderen Religionsgemeinschaft, indem sie davon ablenken, was das eigentliche Problem ist?

Ja, Genossinnen und Genossen, ich bin dafür, dass wir bekennen, dass es keine rechtsfreien Räume in Deutschland gibt. Natürlich will ich hier keinen Herrn Kaplan, der seinen Islamistenstaat in Deutschland errichten will, aber ich will auch keine deutschen Nazis, die die Losung ausgehen, dass am deutschen Wesen wieder die Welt genesen soll. Ich will keinen rechtsfreien Raum von keinem, der das soziale und gerechte Zusammenleben unserer Gesellschaft zerstört. Deswegen sage ich, seht Euch Leinefelde an, was da passiert ist. Von dort ist das Signal der braunen Einheit ausgegangen. Und ich habe geworben bei vielen, auch bei unserem Ministerpräsidenten. Ich habe ihn selber angerufen. Ich habe in die Ministerien hinein telefoniert und habe gesagt, es ist nicht nur die Frage der Gegendemonstranten. Tilo Köhler hat gestern davon gesprochen. Und ich sage auch meinen Dank an Werner Buse und das Wahlkreisbüro, was da in Leinefelde alles organisiert worden ist, um zu zeigen, Thüringen hat ein anderes Gesicht, kein braunes Gesicht. Bunt statt braun ist unsere Antwort! Aber wir müssen auch werben dafür, dass wir Mitstreiter finden. Nicht wir sind die einzigen und die besseren Antifaschisten. Dann haben wir den Kampf verloren. Wir müssen viele bis in die Mitte der Gesellschaft gewinnen dafür, dass wir gemeinsam sagen, diesem braunen Spuk treten wir entgegen. In den Köpfen ist der vorhanden. Aus den Herzen müssen wir ihn herausholen, indem wir Klartext reden und das heißt, wir müssen Mitstreiter haben. Aber wir müssen auch akzeptieren, dass Christen oder anders denkende Menschen mit uns gemeinsam auf unterschiedlichste Art die Ablehnung deutlich machen. Und ich würde mir den Tag wünschen, an dem in Arnstadt die gesamte Stadtverwaltung, der Oberbürgermeister, alle Stadtverordneten, egal welcher parteipolitischen Couleur, sich hinstellen, den Rücken zeigen, zeigen, dass für Nazis in Arnstadt kein Platz ist und nicht die Polizei aufmarschieren lassen.

Genossinnen und Genossen,

ja, dieses Land wird täglich umgebaut, nicht nur Thüringen, Gesamtdeutschland. Mit der Agenda 2010 hat Herr Schröder das Kündigungsschreiben des Grundgesetzes, der Sozialverpflichtung des Grundgesetzes, das die Sozialpflichtigkeit des Eigentums formuliert, abgegeben. Da ist das fortgesetzt worden, was mit der geistig moralischen Wende 1982 von Herrn Kohl begonnen worden ist. Nämlich weg von einem Staat, in dem die Lasten auf alle Schultern verteilt werden, hin zu einem Staat, in dem nur noch die die Lasten schultern, die noch Arbeit haben oder die verbrauchen über Mehrwertsteuer oder über Lohn- und Einkommensteuer. Der Rest ist mittlerweile faktisch steuerbefreit worden und kriegt noch Staatsknete obendrauf.

Ich denke, einem solchen Staat und solchen Parteien, die so einen Staat tragen, müssen wir entgegentreten. Das ist unsere Aufgabe als PDS zu sagen, es gibt da kein Gekungele. Wir werden mit diesen Parteien auf dieser Basis nicht zusammenarbeiten, sondern wir müssen das Thema setzen gegen neoliberale Denkstrukturen, gegen einen Staat, der dafür sorgt, dass die starken Schultern nicht mehr tragen. Deswegen sage ich, lasst uns mal reden über Sozialschmarotzer. D. h. aber, dass wir den Menschen mit klaren Worten erklären müssen, wie sich Deutschland entwickelt. Wenn wir uns vor ein Bild stellen und mit der Nase auf dem Bild sind, können wir nur die Farbpunkte vor unseren Augen erklären. Wir müssen das ganze Bild erklären und manchmal würde ich mir wünschen, dass wir als PDS mal einen Schritt zurückgehen und uns ganz Deutschland angucken, nicht nur Ostdeutschland, nicht nur die Region, nicht nur da, wo wir sind, sondern die Entwicklung Deutschlands in Europa und dann wird deutlich, dass dieses Deutschland in einer Turbogeschwindigkeit umgebaut wird. Die einen werden von Steuern befreit und scheffeln die Millionen und die anderen schaffen die Millionenwerte.

Genossinnen und Genossen,

da gibt es einen inneren Zusammenhang. Von 1996 bis 2001 sind es jeden Tag 230 Millionäre mehr in Deutschland geworden und das nicht etwa durch die deutsche Klassenlotterie. Sondern sie sind dadurch entstanden, dass sie begünstigte Bedingungen bekommen haben. Und deswegen hat auch Herr Schröder das Thema Einkommensteuer, Vermögensteuer nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt. Deswegen drückt sich diese rot-grüne Bundesregierung vor Themen wie Börsenumsatzsteuer, Spekulationserhebungen, entsprechende Kapitalbesteuerungen, weil man es

nämlich den Reichen gibt.

Und deswegen ist es gut, dass die PDS ein Steuerkonzept vorgelegt hat, wo das Thema komplex angegangen wird. Und ich würde mir wünschen, dass wir mit diesem Thema auch den Menschen deutlich machen, der Reichtum der einen hat was mit der Armut der anderen zu tun. D. h. aber auch, wir müssen darüber reden, wie die Vermögensverteilungen in dieser Gesellschaft sind. 10 % der Haushalte besitzen 47 % des gesamten Vermögens. Immerhin 50 % aller Haushalte besitzen 4 % des Vermögens. Damit wird klar, dass Deutschland immer wieder mit Feindbildern regiert wird. Das Beispiel Muslime habe ich eben genannt.

Das Thema Leitkultur. Da wird Inländer gegen Ausländer gestellt. Um dann an den Stammtischen die Losung auszugeben und damit sozusagen das Manöver, dass man langsam wieder braune Unkultur hoffähig machen kann, indem man das Feindbild des Ausländers an sich zeichnet, als wenn wir das Thema Immigration, Migration, Einwanderung, Auswanderung nicht kennen würden. Als wenn andere Staaten nicht davon gelebt hätten. Und wenn ich an das Ruhrgebiet denke, ohne Koslowskys oder andere würden solche ganzen Regionen gar nicht existieren. Und wenn ich auf meinen Namen hinweisen darf, darf ich auch nur daran erinnern, dass es darauf hindeutet, dass es ein Zuwanderer ist, der irgendwann im Verlauf der letzten Jahrhunderte gekommen ist. Also Wanderungsbewegungen sind ganz normal. Wer aber das Feindbild schürt, ohne sich um das Thema rechtsfreien Raum zu kümmern, sondern nur den Ausländer an sich zum Feind macht, der ist geistiger Wegbereiter für die Umdeutung deutscher Verantwortung. Das beginnt eben mit Bernhard Vogel am 50. Jahrestag der Befreiung von Buchenwald, wo er bewusst das Thema Selbstbefreiung vergessen hat, indem er es leugnet. Und mit Leugnen beginnt die Umdeutung und mit Umdeuten fängt man an, dass irgendwann nicht nur deutsche Waren die Welt überschwemmen, sondern irgendwann auch die deutschen Knobelbecher am Hindukusch deutsche Interessen vertreten. Und da sage ich, dass dürfen wir als PDS nicht mitmachen. Nein, ganz im Gegenteil. Das müssen wir kritisieren. Da müssen wir eigenständig gegen Position beziehen.

Und deswegen sage ich, Genossinnen und Genossen, es gibt natürlich ein Thema, das sich bezieht auf Thüringen, und es gibt ein Thema eingebettet, das sich bezieht auf die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes. Und deswegen sage ich, wir sind keine Regionalpartei Ost. Wir sind die stärkste Oppositionsfraktion in Thüringen, aber gesamtdeutsch sind wir eine 7 % - Partei und das sollten wir auch mit Stolz sein. Darum sollten wir uns auch bemühen. Weil wir damit nämlich auch für uns annehmen, akzeptieren, dass wir gesellschaftliche Verhältnisse kritisieren, aber auch dort, wo wir gewählt werden und gewählt worden sind, uns der Verantwortung stellen.

Ich will an dieser Stelle mal diesen Zettel hochhalten. Mit diesem Zettel haben wir 2002 angefangen, unseren Wahlkampf vorzubereiten. Das ist das Wahlkampf-programm der Thüringer PDS, so wie ich es mir vorgestellt habe. Nach einer Diskussion im Landesvorstand und in der Fraktion habe ich mich hingesetzt und habe mal versucht, es so kurz zu schreiben, dass es auf so einen kleinen Zettel passt. Also der eine Herr hat mal ein Steuerkonzept auf einen Bierdeckel geschrieben. Ich habe mich bemüht, auf einem kleinen Zettel vier Themen aufzuschreiben. Und diese vier Themen heißen: Solidarität ist Zukunft, bürgernah statt bürokratisch, regional statt global, gemeinsames Lernen ist gemeinsames Wachsen und drunter steht: Mehr direkte Demokratie.

Das sind die vier Themen plus das Hauptthema. Das haben wir vor der Wahl den Bürgern versprochen und nach der Wahl kämpfen wir dafür, dass wir dieses Konzept umsetzen. Konsequenter werden wir das in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung mit Dieter Althaus stellen und mit den gesellschaftlichen Entwicklungen, die in diesem Land vollzogen werden, weil ich sage, es reicht nicht, einfach nur Regierende zu kritisieren. Es ist notwendig, auch Konzepte daneben zu stellen und es gibt gute Konzepte. Wir müssen nur den Mut haben, sie in einer Sprache aufzuschreiben, dass auch ein Normalbürger sie versteht und nicht in unserem Parteitagschinesisch 27 Seiten beschreiben und glauben, es müssten noch 10 Seiten dazu geschrieben werden. Das versteht niemand.

Bürgernah statt bürokratisch ist eben nicht eine Diskussion über drei Landkreise und die Wiedereinführung der drei DDR-Bezirke in Thüringen. Bürgernah statt bürokratisch heißt eine Verwaltung so zu zentrieren, dass sie für die Bürger da ist und das heißt, dass wir uns als PDS auf die Seite der Bürger stellen und sagen, wie viel Verwaltung brauche ich und wie muss es optimal sein,

damit ich mir als Bürger nicht die Schuhe besohlen lassen muss, um alle Ämter abzulaufen, sondern ich gehe zu einer Stelle und bekomme dort alles erledigt, was ich erledigt haben will. Das nenne ich bürgernah statt bürokratisch. Deswegen beginnt unsere Diskussion um die Kommunal- und Verwaltungsreform nämlich erst mal mit einer Aufgabenanalyse aber aus der Sicht der Bürger. Für die ist die Verwaltung da. Und ich bekenne mich dazu, dass diese Verwaltung auch einen starken Kontrolldruck braucht. Wenn wir Nahrungsmittel sicher haben wollen, brauchen wir auch eine entsprechende kontrollierende Hygiene, eine Lebensmittelkontrolle. Und wer die abschafft, ruiniert um des Profit willens die Grundlage unseres Zusammenlebens. Deswegen ist Bürgernähe das eine und Kontrolle das andere. Beides gehört zusammen. Und ich mache es mal an dem Beispiel von Bauaufsicht fest. Das wird so alles als lästig angesehen und da kann man modernisieren, indem der Bürger machen kann, was er will. Nur wenn Ihr Euch anseht, wie heute auf dem Bau unter kapitalistischen Verwertungszwängen gearbeitet wird, wie die Kollegen, die dort arbeiten, zu Sklaven gemacht werden und wie Bauunternehmen und selbstständige Handwerker auch zu Sklaven der Großindustrie und der Kapitalverwertungslogik geworden sind. Dann wundert man sich nicht, dass die Baustellen zu Katastrophen werden, einmal für die Betroffenen, die dort arbeiten, und anschließend für die, die den Bau nutzen. Und ich empfehle im Moment einen Besuch beim größten Finanzmassengrab, das wir in Thüringen haben. Ich lade Euch alle ein, guckt Euch die Spielstraße vor dem Thüringer Landtag an. Ein Millionengrab ist dort in die Erde gebuddelt worden und das ist symptomatisch für Thüringer Landespolitik. Da war ein neu gebauter Fußweg. Der hat die CDU genervt, weil die Bürger ins Fenster gucken konnten. Die konnten den Abgeordneten ins Gesicht gucken. So viel Transparenz ist der CDU zu viel. Also musste der neu gebaute Fußweg abgerissen werden. Nicht mal ein Jahr war der alt und er wurde zwei Meter tiefer gelegt. Jetzt ist chinesischer Granit dort verlegt, wunderbar, eine tiefergelegte Straße, kostet über eine Million. Der Bau ist fast fertig und er ist mittlerweile eine Tropfsteinhöhle, weil überall das Wasser reinläuft in diesen Landtag. Wir sind jetzt transparent und können schwimmen da drin. Das nenne ich rausgeschmissenes Geld. Auch deshalb bleiben wir bei unserem Nein. Solche Prachtbauten brauchen wir nicht. Dafür müssen Schulen saniert werden.

Aber wenn man denn schon Geld ausgibt, dann doch bitte nicht an einen General-unternehmer und einen Leasinggeber. Alternative Finanzierung hat Herr Trautvetter das genannt. Das ist so alternativ, dass die Banken dabei reich werden und alle anderen dabei bluten müssen und am Schluss der Steuerzahler alles bezahlt. Auf diese Alternativen können wir verzichten. Unsere Alternative heißt eine Fachlosvergabe, bei der heimische Firmen eine Chance haben, eigenständig am Baugewerk teilzuhaben. Also lasst uns über solche Alternativen reden. Das ist für mich regionale Wirtschaftspolitik. Das bedeutet, heimische Firmen zu stärken. Und insoweit ist eine linke sozialistische Partei keine unternehmensfeindliche Partei, sondern eine Partei, die an der Seite der Unternehmer und Unternehmen steht, die in der Region Verantwortung tragen und sich der Verantwortung nicht entziehen, die nicht nach Fördermitteln schreien und anschließend nichts tun. Guckt Euch Opel Eisenach an, Fördermittel ohne Ende und nicht mal 20 Ausbildungsplätze. Das nenne ich verantwortungslos.

Ja, Genossinnen und Genossen, lasst uns über Schmarotzer reden.

Und dann, Genossinnen und Genossen, kündigt Dieter Althaus an, die Verwaltung soll modernisiert werden. 7000 Stellen sollen gestrichen werden. Er gaukelt von Talk Show zu Talk Show vor, was er an bewundernswerter Aktivität ergreift. Dann taucht er ab und sagt seinen Ministern, bringt alle Opfer. Gestern ist es hier ja erläutert worden. Dann bringt der Justizminister eben das Landgericht Mühlhausen und der nächste sagt, also lasst uns doch die Hortnerinnen verschieben und alles wird in Form einer Mogelpackung in die Welt gesetzt. Wer 7000 Stellen streichen will, aber gleichzeitig sagt, nicht eine soll eingespart werden, der hat doch gar keinen Kosteneffekt, der schiebt doch nur ab und gleichzeitig sagt er, der Rest geht über die Rente dann langsam raus. Das bedeutet, dass überhaupt keine neuen jungen Leute eingestellt werden. Das heißt, man setzt auf den Faktor Vergreisung, ohne dass man tatsächlich Verwaltung modernisiert. Das ist der Grund, warum wir gestern zurecht gesagt haben, lasst uns nicht nur über die Horte reden, sondern lasst uns über Schule reden, über Bildung reden. Acht Jahre gemeinsames Lernen, acht plus vier heißt unsere Losung und frühkindliche Bildung

gehört dazu. Also nicht isoliert nur die Horte. Nein, lasst uns ein Bildungskonzept aufschreiben. Und ich bin froh, dass wir aus der Thüringer Sicht auch auf der bildungspolitischen Konferenz im Frühjahr 2005 Akzente für ganz Deutschland setzen werden. Lasst uns in ganz Deutschland über längeres gemeinsames Lernen reden. Das ist das Markenzeichen der PDS. Das ist das, was wir aus 40 Jahre gelebtem Leben der DDR mit einbringen können, was auch ein Westdeutscher begreift, dessen Kinder in die Schule gehen und der dann Frühselektieren erlebt.

Und, Genossinnen und Genossen, es ist eben kein Automatismus. Wer Verlierer in dieser Gesellschaft ist schweigt. Deswegen müssen wir auch bei Hartz IV konsequent darauf hinweisen, dass es nicht nur um den Skandal von 331 Euro geht. Der Regelsatz ist viel zu niedrig, für Ostdeutsche ist er diskriminierend, weil er 14 Euro niedriger ist. Ich kann Euch sagen, warum er 14 Euro niedriger ist. Das wird ja nicht verraten. Aber ich verrate es Euch. Ihr kriegt heute kostenlos die Wahrheit. Für jedes Jahr der deutschen Einheit ein Euro Abzug als Strafe für diese Form der Einheit.

Nein, Genossinnen und Genossen, 331 Euro oder 14 Euro mehr, das ist schon viel zu niedrig. Aber das trifft nur die Betroffenen selber. Immerhin 37 % in Thüringen werden ab 1. Januar gar keins mehr kriegen und 42 % werden weniger haben als zuvor. Dieter Hausold hat gestern darauf hingewiesen, das mit Hartz IV 160 Mio. Euro weniger Kaufkraft im kommenden Jahr in Thüringen da ist. Hartz IV vernichtet Arbeitsplätze im Einzelhandel, im Dienstleistungsbereich ab dem 1. Januar und schafft Armut.

Aber die Westdeutschen in Gänze sehen nicht das Problem, das mit Hartz IV auf sie zukommt. Der Betroffene ja. So funktioniert Deutschland. Teile und herrsche.

Teile alles auseinander, um jeden gegen jeden auszuspielen. Deswegen müssen wir über etwas anderes bei Hartz IV reden. Und das ist unser gesamtdeutsches Thema. Hartz IV bedeutet 30 % unter Tarif für die all diejenigen in Zukunft arbeiten müssen, die vermittelt werden. Das bedeutet: Hartz IV ist die Zerstörung des grundgesetzlich geschützten Tarifvertragsrechts, der Koalitionsfreiheit, die ausdrücklich im Grundgesetz steht als Schlussfolgerung aus den 20er Jahren und aus dem Hitlerfaschismus, nämlich, dass die Gewerkschaften freier Träger der Tarifverhandlungen und der Tarifergebnisse sein sollen. Und jetzt sagt man, völlig egal, was die Gewerkschaften ausgehandelt haben, 30 % unter Tarif musst du arbeiten. Und glaubt Ihr denn, dass ein Arbeitgeber, der so ein Angebot von staatlicher Seite bekommt, dann sagt, ich verzichte darauf. Nein, der eine Kollege wird zum Schwein des anderen Kollegen gemacht und damit wird die Spaltung in den Betrieb hineingetragen.

Deswegen müssen wir auch mit den Gewerkschaften über Hartz IV reden. Und ich finde es nicht gut, dass der DGB-Bundesvorstand ausgestiegen ist aus den Anti-Hartz-Protesten und ich finde es auch nicht hilfreich, dass Michael Sommer mit uns darüber nicht reden will. Da muss man auch mal die Gewerkschaftsspitze kritisieren. In Thüringen haben wir eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Aber auf bundesdeutscher Ebene habe ich das Gefühl, dass die Gewerkschaften links blinken und rechts fahren. Ich rede von Gewerkschaftsführern.

Ich nenne das so deutlich, weil ich mich auch damit auseinandersetzen will. Wir haben gemeinsam gesagt, wir streiten für Mindestlohn. In Potsdam haben wir einen Beschluss dazu gefasst. Und gestern lese ich, Ihr habt es alle lesen können, die Pressemeldung, dass die DGB-Spitzen sich nicht haben einigen können auf einen Mindestlohn. Deswegen lassen sie das Thema fallen. Ja, wie kann man denn das Thema fallen lassen, bei dem Millionen von Menschen, die in Lohn und Brot stehen, mit Arbeit arm werden. Da muss man doch ein Konzept gegen halten. Und da werde ich auch weiterhin streiten, dass wir als PDS von den Gewerkschaftsspitzen verlangen, gemeinsam, wenn ihr die Tarifautonomie halten wollt, muss Hartz IV weg und muss ein Mindestlohngesetz eingeführt werden. Und in Thüringen brauchen wir ein Vergabegesetz, bei dem staatliche Aufgaben gebunden sind an soziale Verantwortung von Unternehmern in der Region. Das ist unser PDS-Konzept. Deswegen lasst uns für glaubwürdige Konzepte eintreten.

Genossinnen und Genossen,

lasst mich eine Bemerkung machen: Es geht nicht um die Frage, ob ich mit Steffen Harzer Krach habe oder er mit mir Krach hat. Wir sind unterschiedlicher Auffassung über die Frage, wie man Strategien entwickelt. Und es wäre gut, wenn wir im kommenden Jahr, so haben wir es vereinbart, gemeinsam

als Parteitag eine Entscheidung treffen, was unsere Strategie ist, wenn es um Kommunal- und Verwaltungsreform in Thüringen geht.

Aber das, was Althaus macht, ist überhaupt kein Konzept. Die Kommunen tot zu sparen. Den Kommunen das Geld wegzunehmen. Das bedeutet, dass unsere Bürgermeister zu den Prellböcken in diesem Land gemacht werden, weil sie den Bürgern erklären müssen, es ist nichts mehr da, obwohl die CDU, die Landesregierung das Geld zum Fenster rausgeworfen hat. Und deswegen stehen wir an der Seite der Bürgermeister, egal welches Parteibuch sie haben. Und wir sagen, wir brauchen Kommunen, die finanzstark sind.

Aber wir müssen unter uns ehrlich gesagt auch mal über Realitäten reden. Wozu haben wir 183 Aufgabenträger bei Wasser und Abwasser. Wer möchte, dass ich weiterhin gesamtdeutsch kritisiere, dass es 300 Krankenkassen gibt, wenn eine reichen könnte, der muss auch so konsequent sein, beim Thema Wasser und Abwasser sagen: 183 sind 170 zu viel oder 150 zu viel. Über die Zahl bin ich ja gern bereit zu streiten, aber über das Prinzip bin ich nicht bereit zu streiten. Das sind 150 Vorstände, Geschäftsführer, Dienstwagen usw. usw., die alle vom Bürger bezahlt werden müssen. In Nordrhein-Westfalen erledigen das für 18 Mio. Einwohner zwei Landesbau und Bodenverbände. Die gleiche Aufgabenstellung wird in Thüringen von 183 Aufgabenträgern für 2,2 Mio. Einwohner gemacht. Da gibt es eine deutliche Dissonanz, über die wir reden müssen. Nicht weil ich Nordrhein-Westfalen nachbauen will, bei weitem nicht, sondern weil ich möchte, dass wir mit all den Verwaltungsstrukturen brechen, die uns Westaufbauhelfer übergeholfen haben, die anschließend verschwunden sind und hier nichts mehr zueinander passt. Der Gerichtsbezirk nicht, der Arbeitsamtsbezirk nicht, die Verwaltungsstruktur nicht. Und deswegen lasst uns über Oberverwaltung, Mittelverwaltung, Unterverwaltung reden. Dazu haben wir klare Beschlüsse. Und worum es im Moment geht, ist wirklich die Diskussion unter uns zu führen. Nicht zu diskutieren halte ich für den Fehler.

Aber Prof. Sedlacek von der Universität Jena hat das in einem Szenario bis 2050 beschrieben und darüber müssen wir reden. Wenn weiterhin jeden Tag 53 Menschen abwandern, wenn weiterhin jeden Tag 40 Arbeitsplätze in Thüringen verloren gehen, dann hat das Folgen. Folgen, dass irgendwann die Hälfte der kleinen Dörfer nicht mehr lebensfähig ist. Aber ich möchte, dass Thüringen lebensfähig ist. Und ich möchte, dass die kleinen Dörfer in Zukunft noch lebensfähig sind. Aber das geht nicht, indem wir die Augen zumachen, sondern dann brauchen wir einen Politikwechsel, der jetzt beginnt und bis 2050 wirkt. Und das bedeutet, dass wir tatsächlich auch über Verwaltung, auch über Regionalstrukturen reden. Es geht eben nicht um das Thema Oberzentrum oder nicht Oberzentrum. Es geht um das Thema, ob die Regionen noch lebensfähig sind. Und deswegen ist es verheerend, erst über Oberzentren mit 5, 7 oder 12 zu reden a la Althaus, anschließend nach Parteibuch das zu verteilen und dann hinterm Rennsteig Südthüringen abzuhängen. Dagegen wehren wir uns. Das eine gehört mit dem anderen zusammen, und zwar egal, ob es Oberzentrum heißt oder nicht Oberzentrum. Es muss eine lebensfähige Region sein und da kommt das letzte Element. Mehr direkte Demokratie heißt, die Bürger mehr in die Lage zu versetzen, vor Ort Entscheidungen zu treffen. Vor Ort Entscheidungen zu treffen heißt, die Regionen zu stärken und Bürger in die Lage zu versetzen mitzubestimmen. Deswegen fordern wir eben beim Thema Müll nicht, dass wir als Landtagsfraktion die besseren Erkenntnisse haben. Wir haben gute Erkenntnisse. Aber was wir fordern ist, dass die Bürger, wie hier in Südthüringen oder in Erfurt und Umgebung, gemeinsam kämpfen für ein besseres Müllkonzept, weil es geht nicht um die Verschönerung einer Müllverbrennungsanlage. Es geht um Müllvermeidung in diesem Land. Und das heißt, wir müssen auch mit Denkstrukturen brechen, Genossinnen und Genossen.

Und einen letzten Bereich, den ich ansprechen möchte, weil da schließt sich der Kreis - Längeres gemeinsames Lernen hat eben auch etwas mit direkter Demokratie zu tun.

Unser Traum ist es, dass Schulamt und Schulverwaltungsamt zusammenzulegen zu einem Amt. Die Hälfte der Aufgaben dieses Amtes einfach schlicht abschaffen und den Schulbetrieb so in die Lage versetzen, dass Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam entscheiden, wie ihr Schulstandort sich entwickelt. D. h. in der Schulvielfalt, die Wege zu gehen, so dass regionale Schulstandorte erhalten bleiben. D. h. es kann eine kleinere, es kann eine größere Schule sein. Die Einheitsschule, die von oben verordnet wird und die nach konservativen Strickmuster früh selektiert und damit Opfer

produziert, dieser Schule erteilen wir eine Absage. Das meine ich mit dem Zusammenwirken unserer Angebote, regional statt global, längeres gemeinsames Lernen, bürgernah statt bürokratisch, Solidarität rechnet sich. Die Themen verbinden sich miteinander. So muss unser Politikangebot sein. Und dafür werbe ich auch in Richtung 2006.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt keinen Selbstzweck für uns, in den Deutschen Bundestag zu kommen. Unser Grund, in den Deutschen Bundestag zu kommen und darum zu kämpfen und warum wir alle zusammen kämpfen müssen, muss heißen, der herrschenden Politik in Deutschland eine Absage zu erteilen. Wir setzen eigene Akzente gegen neoliberale Politik. Wir setzen einen eigenen Akzent, der diesem Kartell der sozialen Kälte eine Absage erteilt. Und wir sagen, im Deutschen Bundestag muss über das Thema Ost gleichberechtigt geredet werden wie über das Thema arm und reich. Es geht eben nicht darum, Ostdeutschland gegen Westdeutschland auszuspielen, sondern es geht darum, deutlich zu machen, dass am Umbau des Ostens sich wieder einige Menschen in diesem Land bereichert haben. Um arm und reich in diesem Land geht es und nicht um Ost und West.

Und wenn wir wollen, dass in Deutschland über das Thema einer Perspektive über den Alltagskapitalismus hinaus existiert, müssen wir kämpfen, dass wir als sozialistische Kraft eigenständig, motiviert, gesamtdeutsch den Einzug in den Deutschen Bundestag bekommen. 7 % wäre ein Ziel, 25 % im Osten und 2 % im Westen. Und die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist der Auftakt zur Bundestagswahl. Deswegen ist es keine Entscheidung der NRW-Genossen alleine. Es ist unsere Entscheidung. Wenn sie in den Wahlkampf gehen, müssen wir kämpfen, damit anschließend der Einzug in den Deutschen Bundestag gelingt und wir dann darüber reden, dass es um arm und reich geht und dass es um Alternativen zur herrschenden Politik geht. Und warum sollen wir den Westdeutschen nicht klar machen, dass acht Jahre zusammen lernen ein Wert ist? Warum sollen wir den Westdeutschen nicht klar machen, dass wir über das Schweizer Gesundheitsmodell nicht reden brauchen? Wir können gleich über Polikliniken reden. Wir können über das Original reden. Warum sollen wir nicht darüber reden, dass die Teilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte eine vergangene rückwärtsgewandte gesellschaftliche Teilung ist? Was wir brauchen, ist ein modernes Dienstrecht. Warum sollen wir nicht darüber reden, dass ein einheitliches modernes Arbeitsgesetzbuch alles in diesem Land regelt, was in Arbeit miteinander im Verhältnis steht? Und warum sollten wir nicht über einen modernen Eigentumsbegriff reden? Da geht es eben im Moment nicht nur um die ostdeutsche Garage. Da geht es nicht nur 2022 um die Datsche und die derzeitige kalte Enteignung der Garagenbesitzer und dann der Datschenbesitzer. Es geht auch um das Jungbauernland, um das Erbland, aber es geht auch um Grund und Boden bzw. Eigentumsrechte bei einem Handwerker. Es geht eben nicht nur um das ostdeutsche Recht. Es geht um den Handwerker, der Material in einen Bau einbaut, das Material nicht bezahlt bekommt, anschließend das Haus verkauft wird und er vom Kaufpreis nicht mal die Summen bekommt, die er selber hat reinvestieren müssen. Der muss einen Rechtsanspruch darauf haben, dass sein Eigentum auch zu schützen ist. D. h. wir brauchen ein modernes Eigentumsrecht. Und das ist weit mehr als die ostdeutsche Betrachtung.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, wir sind eine Partei, die aus dem Osten kommt. Jawohl. Lebensbiographien des Ostens zu achten. Jawohl. Aber wir sollten aufhören, uns nur darüber zu verständigen, ob wir uns für die Mauer entschuldigen oder nicht. Wir sollten uns für alles entschuldigen, was dem Totalitarismus geschuldet ist, weil jedes Opfer, das im Namen von Sozialismus in den Knast eingefahren ist, ist ein Opfer zuviel.

Im Namen des Sozialismus darf überhaupt kein Opfer entstehen. Sozialismus ist für uns als moderner Begriff ein Freiheitsbegriff. Der bedeutet, mehr Mitbestimmung für Menschen selber, mehr eigenständiges Handeln. Und da muss ich sagen, darüber können wir entspannt reden. Deswegen ist die Chance 2006 die Chance, bei der wir beweisen müssen, dass wir eine moderne sozialistische Partei sind. Deswegen halte ich auch nichts von Spielchen, ob wir uns mit der Wahlalternative den Westen teilen.

Nein, Genossinnen und Genossen, ich bin dafür, dass wir mit jeder Partei reden in diesem Land, mit jeder Partei, außer mit Nazis, außer mit rückwärtsgewandten, außer mit menschenfeindlichen Parteien, die mit Rassismus arbeiten. Solchen Parteien erteilen wir eine Absage. Mit allen anderen

reden wir. Also, wenn die Wahlalternative weiß, was sie will, sollten wir mit ihnen auch reden. Aber wir als Partei müssen als Ganzes kämpfen mit unseren westdeutschen Genossinnen und Genossen. Deswegen sage ich, es lohnt sich darum, den Blick zu schärfen.

2006 heißt für uns, die Rückkehr im Alltag mit einer Gebrauchsfähigkeit, bei der der Westdeutsche auch sagt, das verstehe ich, bei der Antikommunismus überwunden wird. Und ich erzähle es immer wieder. Als ich 1999 für die PDS kandidiert habe, hat meine Tante in Rheinhessen gesagt, Junge, warum tust du mir das an. Für sie war das eine echte Bedrohung, weil sie nicht wusste, wie sie es in ihrem Dorf erklären sollte. Mittlerweile ist sie stolz auf ihren Neffen, der mittlerweile Politik in Deutschland macht. Und sie hat auch mittlerweile Parteitage angeguckt, unseren Antikriegstag in Münster. Sie war die erste, die mich angerufen und gesagt hat, gute Beschlüsse. Sie findet das klasse. Andere bei uns waren traurig. Meine Tante fand es klasse. Mittlerweile kann sie PDS sagen und ist stolz darauf.

Ich glaube, wir brauchen viele solche Effekte, wo wir mit Gesichtern in Westdeutschland Gründe schaffen, uns zu wählen. Wir wollen zurück in den Deutschen Bundestag nicht als Selbstzweck, sondern um Politik in diesem Land zu kritisieren, zu gestalten und Vorschläge zu machen.

Deswegen, Genossinnen und Genossen,
Verantwortung hat einen Namen
Solidarität hat einen Namen
Gerechtigkeit hat einen Namen

Für Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit, wer das wählen will, kann das wählen: PDS.
Und, Genossinnen und Genossen, in Abwandlung eines Werbespruchs, wir sind klein. Ich habe es gesagt, kleiner ist für mich etwas, was mich stolz macht, wenn wir begreifen, dass 7 % eine stolze Größe ist. Die FDP hat mit 7 % 40 Jahre immer im Lokführerhäuschen der Bundesrepublik Deutschland gesessen und hat jedes Wendemanöver mitgemacht, um drin zu bleiben.
Wir müssen kämpfen, dass wir das Linke in dieser Gesellschaft wieder stärken.

Deswegen sage ich: klein, stark, frech, rot PDS.